

An die
lokalen Medien

18.05.04

Ergebnisse der Faktionsberatungen zu den Themen Südbadsanierung und
Verzögerungen bei der Umsetzung von Hartz IV

Presseerklärung

1. Südbadsanierung- und Finanzierung

Die Verwaltungsvorlage zur Grundsanierung des Südbades entspricht weitgehend den Anforderungen, die seitens der Politik formuliert worden sind. Eine Kooperation mit den Schwimmvereinen und eine vertretbare Berücksichtigung ihrer Wünsche ist erfolgt. Insgesamt sind die VertreterInnen der Schwimmvereine drei Mal in die Kommissionsarbeit einbezogen worden. Lediglich die von ihnen geforderte „finnische Überlaufrinne“ konnte nicht realisiert werden.

Die Kostenschätzung hat sich im Wesentlichen bestätigt, wobei 2,2 Mio Euro zur Zertifizierung und Anerkennung als Wettkampfstätte aus unserer Sicht als sinnvoller Mitteleinsatz zu bewerten ist, zumal eine landesseitige Förderung in Aussicht steht. Auch wenn uns in erster Linie das Schulschwimmen und freie Schwimmen wichtig war, so ist es doch ein begrüßenswerter Nebeneffekt, dass Wettkampfbedingungen und damit auch verbesserte Trainingsbedingungen ohne großen baulichen Aufwand zu realisieren sind.

Die Vorlage bestätigt darüber hinaus die über Jahre von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Diskussion um die Bäderkonzepte getragene Einschätzung, dass das Südbad sowohl für den öffentlichen Badebetrieb als auch für Schulen und Vereine unverzichtbarer Bestandteil der Bäderlandschaft in Dortmund ist. Eine Aufgabe des Südbades wäre ein in jeder Hinsicht nicht zu kompensierender Verlust.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Nach der erfolgten Sanierung hat das Südbad Neubauqualität vorzuweisen. Inwieweit damit steigende Erlöse in dem errechneten Umfang zu erwarten sind, ist ungewiss. Sicher sind aber die Voraussetzungen für eine deutliche Attraktivitätssteigerung gegeben.

Bei der weiteren Beratung der Vorlage werden wir zusätzlich anregen, dass die Sanierung des Südbades genutzt wird, um Solarenergie nutzbar zu machen, soweit es die bauliche Situation zulässt. Prinzipiell käme die solarthermische Nutzung zur direkten Energieeinsparung oder auch die Photovoltaik in Frage, um den erzeugten Strom einzuspeisen.

Die Finanzierung muss letztlich im Zuge der Haushaltsberatungen für 2005 geklärt werden. Ein vorläufiger Deckungsvorschlag ist vorhanden. Dass ausgerechnet Mittel für die Umgestaltung des Hauptbahnhofes als Deckung der Verpflichtungsermächtigung herangezogen werden, ist insofern pikant, als dass das Projekt trotz anderslautender Parolen immer mehr ins Stocken gerät. Von daher ist aus unserer Sicht nichts gegen die Deckungsvorschläge einzuwenden, wobei die von uns favorisierte „kleine“ Lösung für den Bahnhofsumbau langfristig nicht in Frage stehen darf.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist jetzt wichtig, dass der Baubeschluss am 17.06. erfolgt, um die notwendigen Ausschreibungen und damit eine schnelle Realisierung der Sanierung zu ermöglichen.

2. Verzögerung der Entscheidung für funktionierende Arbeitsgemeinschaften

Die SPD wirft der CDU auf Bundesebene Blockadepolitik bei den Arbeitsmarktreformen vor. Gleichzeitig ist sie nicht bereit, auf kommunaler Ebene eine klare Entscheidung zugunsten der Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften zu treffen und sich in Dortmund vom Optionsmodell zu verabschieden. Vermutlich um selber die Initiative ergreifen zu können haben sowohl Langemeyer als auch die SPD in der letzten Ratssitzung eine klare Entscheidung gegen das Optionsmodell verhindert.

Der DGB-Vorsitzende Weber mahnt zu recht an, die anstehenden technischen, organisatorischen und personellen Probleme schnell zu lösen, um den Arbeitslosenhilfepflichtigen ab dem 1.1.05 sowohl im Hinblick auf Finanzierung als auch durch Vermittlung und Integration gerecht zu werden.

Aus diesem Grund war und ist es BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wichtig, nicht nur eine grundsätzliche Entscheidung pro Arbeitsgemeinschaft zu treffen, sondern auch jetzt schon konkrete Anforderungen an die Verhandlungspartner Stadt und Agentur für Arbeit zu stellen.

Dazu gehört wesentlich, dass ein ausreichendes Angebot an beruflicher Integration und flankierender sozialer Maßnahmen existiert und die Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung Vorrang vor der ausschließlichen Gewährung von finanziellen Leistungen hat.



Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Nicht zuletzt ist es auch notwendig, Vereinbarungen zu treffen, die im Falle von technischen und organisatorischen Verzögerungen die finanzielle und fachliche Abwicklung in einem Übergangszeitraum regeln.

Die Politik sollte sich rechtzeitig darum bemühen, die Mitbestimmung der Stadt in Fragen der aktiven Arbeitsmarktpolitik abzusichern und die lokalen Trägerstrukturen der kommunalen Beschäftigungsförderung sowie sonstiger Ausbildungs- und Qualifizierungseinrichtungen zu erhalten.

Der Politik sollte klar sein, dass nicht mehr viel Zeit bleibt, um Strukturen zu schaffen, die der Situation der Arbeitslosen in verantwortungsvoller Weise gerecht werden. Es muss sichergestellt sein, dass ab dem 1.1.05 nicht nur Einsparpotenziale zu Lasten der Arbeitslosen realisiert werden, sondern Stadt und BA einvernehmlich Vermittlung und Integration in den Vordergrund stellen.

Von daher werden wir schon in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses den aktuellen Stand der Verhandlungen zwischen der Stadt und der Agentur für Arbeit darstellen lassen und unseren Antrag beraten lassen.